Freistaat will Weihnachtsgeld streichen

Sächsische Regierung würde damit bis zu 80 Millionen Euro einsparen



Foto: ddp

Dresden. Die sächsische Regierung greift nun auch nach dem Weihnachtsgeld seiner rund 70.000 Angestellten im öffentlichen Dienst. "Wir haben diese Absicht", bestätigte am Wochenende Behördensprecher Stephan Gößl der "Freien Presse". Bisher sollen ab 2011 nur die etwa 32.000 Beamten davon betroffen sein. Bei ihnen geht es um 23 Millionen Euro, bei den Angestellten um 70 bis 80 Millionen Euro, die jährlich eingespart werden könnten.

Das Ressort von Finanzminister Georg Unland (CDU) sieht derzeit zwei Handlungsoptionen: Zum einem könnte der Freistaat ein Sonderkündigungsrecht für die "Jahressonderzahlung" im aktuellen Tarifvertrag der Länder nutzen. Das müsste für 2011 bis zum 30. September dieses Jahres erfolgen. Die andere besteht in dem Versuch, diesen "festen Willen" in den Tarifverhandlungen der Länder mit dem öffentlichen Dienst durchzusetzen, die 2011 ins Haus stehen.

Den Beamten kann der Freistaat ihre per Gesetz geregelten Vergütungen mit einem Federstrich annullieren. Dafür seien Sachsens Beamte bald Besoldungs-Schlusslicht unter den deutschen Ländern, so deren Interessenvertretung. Schwieriger ist es bei den Angestellten, die ein bundesweiter Tarifvertrag schützt. Der Gewerkschaft Verdi, Verhandlungsführer auf Gewerkschaftsseite, liege bisher nichts aus Sachsen vor, so Werner Theis, zuständig für die hiesigen Landesbediensteten. "Aber wir schließen nicht aus, dass das Land diesen Weg beschreitet." Eine Sonderlösung der Gewerkschaften werde es mit dem Freistaat auf keinen Fall geben.

Aus Sicht von Sabine Gerold, Landeschefin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die vor allem die Lehrer vertritt, sei es "sehr schwer" die Streichung des Weihnachtsgeldes durchzusetzen. "Das sollte sich Sachsen gut überlegen", meinte sie. Aus Verdi-Kreisen verlautet zudem, dass mit einer Kündigung der Gratifikation auch die Friedenspflicht enden würde.

Das Problem zieht bereits Kreise. Auch die rund 65.000 Kommunalbediensteten in Sachsen machen sich Sorgen, weil 2012 für sie Tarifverhandlungen anstehen. Schon jetzt würden Fälle bekannt, dass Kommunen und Landkreise am geltenden Tarifvertrag vorbei Mitarbeitern Verträge mit einem "freiwilligen" Verzicht auf Weihnachtsgeld aufnötigten, heißt es. Das ist schlicht ungesetzlich, sagen die Gewerkschaften.

Regierungspartner FDP ist zwiegespalten. In einer bisher unveröffentlichten Gehaltsstudie seiner Partei, so erklärte FDP-Landeschef Holger Zastrow, sei deutlich geworden, "dass der öffentliche Dienst mit Abstand am besten in Sachsen verdient". Trotz ursprünglich schärferer Töne aus seiner Partei plädierte er jedoch dafür, "die geschlossenen Verträge einzuhalten". Auch in der CDU gibt es unterschiedliche Meinungen. Sogar Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen unterstützt Forderungen nach höheren Tarifabschlüssen für die Beschäftigten zur Ankurbelung der Binnennachfrage.

Von Uwe Kuhr

Erschienen am 13.09.2010